

An den Vorsitzenden des Umwelt- und
Agrarausschusses

27. September 2024

Vorlage für die 32. Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses am 2. Oktober 2024

Anmeldung eines Tagesordnungspunktes

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Carbon Management Strategie des Bundes konstruktiv begleiten

Es wird beantragt:

Der Landtag nimmt die umfangreichen Erkenntnisse und unterschiedlichen Einschätzungen der Expertinnen- und Expertenanhörung hinsichtlich der Frage, ob und wie die Anwendung von Carbon Capture and Storage (CCS) in Schleswig-Holstein möglich wäre, zur Kenntnis.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag, dass der Bund eine Carbon-Management-Strategie vorlegt. Aus unserer Sicht ist CCU und CCS notwendig, um unvermeidbare Restemissionen nicht langfristig in die Atmosphäre zu leiten.

Der Landtag unterstützt die Landesregierung darin, diesen Rahmen bisher unvermeidbarer Restemissionen zu definieren und eine Anwendung von CCS für diese Bereiche zu ermöglichen. Für die mögliche Anwendung der CCS-Technologie hat dabei insbesondere der Schutz menschlicher Gesundheit und der Umwelt höchste Priorität. Der Landtag schließt sich der Forderung an, dass eine CO₂-Speicherung nur seewärts der 12-Meilen-Zone und nicht im Küstenmeer zugelassen wird und Injektionsstellen in oder CO₂-Speicherstätten unter Schutzgebieten, insbesondere im Nationalpark Wattenmeer, sowie einem 8 km-Pufferstreifen um Schutzgebiete herum ausgeschlossen werden. Ebenso wird die Speicherung von CO₂ unter dem Land sowie eine Anwendung

in industriellen Prozessen, die effizienter und kostengünstiger zu dekarbonisieren oder zu substituieren sind, abgelehnt.

Die Maßnahmen zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen, der konsequente Ausbau Erneuerbarer Energien sowie Maßnahmen des natürlichen/biologischen Klimaschutzes, haben vor einer möglichen Anwendung von CCS weiterhin höchste Priorität. Eine Subventionierung von CCS Anwendungen ist vor dem Hintergrund vieler bisher nicht ausreichend finanzierter Klimaschutzmaßnahmen abzulehnen.

Neben der Anpassung des Rechtsrahmens auf Landesebene, setzt sich Schleswig-Holstein im Bundesrat für eine gezielte Förderung der CCU-Technologie ein, sofern diese einen durchgängigen Kreislauf bildet und keine zusätzlichen Emissionen verursacht. Darüber hinaus ist die Schaffung einer CO₂-Transportinfrastruktur notwendig. Vor diesem Hintergrund ist die Änderung des gesetzlichen Rahmens auf Bundesebene zur Schaffung einer CO₂-Transport-, und Pipelineinfrastruktur sinnvoll und unterstützenswert.

Cornelia Schmachtenberg
und Fraktion

Nelly Waldeck
und Fraktion